PB.I-01-099-2

Kapitel 6: International zusammenarbeiten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	Sprecher*innenrat der Bundesarbeitsgemeinschaften
Beschlussdatum:	22.04.2021

Änderungsantrag zu PB.I-01

Von Zeile 99 bis 112:
Wir verfolgen eine ambitionierte~~, nachhaltige~~ und menschenrechtskonforme ~~Klimaaußenpolitik~~und postkolonial sensible internationale Klimapolitik. Sie ist klimapolitisch notwendig, ~~kann~~muss nachhaltige Entwicklung fördern, Ressourcenkonflikten vorbeugen und Frieden sichern. ~~Klimaaußenpolitik~~Neben der globalen Energiewende müssen auch Wirtschaftsmodelle und -kreisläufe nachhaltig und wettbewerbsfähig gestaltet werden, um eine echte Alternative darzustellen. Klimapolitik kann zu einer Win-win-Situation für Europa, seine Nachbarn und die Länder des globalen Sonnengürtels führen. ~~Sie bedeutet zum einen, dass wir~~Wir Europäer*innen wollen unseren Bedarf an grüner Energie durch Klimapartnerschaften decken helfen: grüner Wasserstoff statt Öl- und Gasimporte. ~~Andererseits~~Länder des globalen Südens haben aber auch selbst wachsende Energiebedarfe, Klima- und Entwicklungsziele sind für sie untrennbar. Wir werden ~~wir so~~ endlich unserer historischen Verantwortung gerecht, indem wir ~~Elektrifizierung und Technologietransfers insbesondere in afrikanischen~~ Ländern ~~vorantreiben~~des globalen Südens, und darüber hinaus, Klima- und Entwicklungspartnerschaften anbieten, um den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien in diesen Ländern ~~unterstützen~~zu unterstützen, Anpassung an den Klimawandel zu stärken und die nachhaltigen Entwicklungsziele zu erreichen. Dafür braucht es eine starke Zusammenarbeit mit ambitionierten europäischen und internationalen Partner*innen sowie der multilateralen Entwicklungsbanken, um somit Innovationen zum Durchbruch zu verhelfen. Nur so können wir es als Weltgemeinschaft schaffen, ~~global~~ auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Wir stärken die bestehenden internationalen Fonds für Klimaanpassung und Klimaschutz ~~(„Adaptation and Mitigation“)~~ und setzen uns dafür ein, dass es auch einen Fonds zum Ausgleich von Schäden und Verlusten ~~(„Loss and Damage“)~~ gibt. Daraus können zum Beispiel Klimarisikoversicherungen und Unterstützung für klimabedingte Migration, insbesondere von marginalisierten Gruppen, finanziert werden. Wenn Menschen die Staatenlosigkeit droht oder sie dauerhaft ihre Heimat verlieren, brauchen sie Möglichkeiten zur würdevollen, frühzeitigen, selbstbestimmten und sicheren Migration. Sie dürfen nicht in eine Schutzlücke geraten. Deshalb treiben wir national, europaweit und international die Einführung eines Klimapasses voran, mit dem die Menschen an einen sicheren Ort migrieren können. Wohlhabende Staaten wie Deutschland müssen hier vorangehen und Aufnahme ermöglichen. Entwicklungs- und Investitionsbanken wie die Weltbank sollten zu Transformationsbanken umgebaut werden. Deutschland und die Europäische Union müssen darüber hinaus ihre diplomatischen Fähigkeiten viel stärker auf eine klimagerechte Politik ausrichten. Für mehr Sichtbarkeit und Effektivität muss die nächste Bundesregierung auf Ebene der Staatssekretär*innen eine Zuständigkeit für internationale Klima- und Nachhaltigkeitspolitik schaffen, eine ressortübergreifende Strategie entwickeln und jährlich im Bundestag darüber berichten.

Begründung

Die bisherige Formulierung des Projektes stellt so dar, dass wir internationale Klimapolitik betreiben, um damit grünen Wasserstoff importieren zu können. Dies trägt jedoch dem Verursacherprinzip des Klimawandels nicht Rechnung, wonach wir gegenüber den Ländern des globalen Südens deine besondere Verantwortung haben und wir die Entwicklungsbedarfe dieser Länder (in postkolonial sensibler Weise) anerkennen müssen: Klima- und Entwicklungsziele bedingen sich gegenseitig. Neben dem Klimaschutz braucht es einen viel stärkeren Fokus auf Anpassung an den Klimawandel und die Unterstützung bei Schäden und Verlusten. Dabei müssen wir eng zusammen mit internationalen Partner*innen und multilateralen Institutionen agieren. Die Bedeutung des Themas klimabedingte Migration muss stärker betont werden. Und nicht zuletzt braucht es mehr Engagement im Bereich Klimadiplomatie und Ressortkoordinierung für internationale Klima- und Nachhaltigkeitspolitik.